

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 18. Mai 1949.

336/J

A n f r a g e

der Abg. Dr. G o r b a c h , B r u n n e r , Dr. G s c h n i t z e r  
und Genossen

an den Bundesminister für Inneres,

betreffend Aufhebung aller Bestimmungen, die mit der Regierungsvorlage  
über die vorzeitige Beendigung der im Nationalsozialistengesetz vorgese-  
henen Sühnfolgen im Widerspruch stehen.

-.-.-.-.-

Die einstimmig im Ministerrat beschlossene Regierungsvorlage  
über die vorzeitige Beendigung der im Nationalsozialistengesetz vorge-  
sehenen Sühnfolgen, die Einstellung von Strafverfahren und die Nach-  
sicht von Strafen für bestimmte Gruppen belasteter Personen wird nur  
dann voll wirksam werden, wenn als Folge dieses Beschlusses auch alle  
Bestimmungen, die dem Geiste dieser Regierungsvorlage widersprechen,  
aufgehoben werden.

Die Unterzeichneten stellen daher an den Herrn Bundesminister  
für Inneres die

A n f r a g e .

ob er bereit ist, alle jene Richtlinien, Erlässe und Durchfüh-  
rungsbestimmungen aufzuheben, welche mit dem Minister<sup>rats</sup>beschlus-  
se, der dieses Bundesverfassungsgesetz geschaffen hat, im Wi-  
derspruch stehen.

-.-.-.-.-